

Politische Modernisierungskonzepte zwischen Markt und Staat

Schroeder, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schroeder, K. (1989). Politische Modernisierungskonzepte zwischen Markt und Staat. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 503-506). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-406847>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der Bogen zur Frage nach der Rolle der (*Technik-*)*Soziologie* in diesem Zusammenhang schliesst sich über das Argument, dass veränderter Umgang mit Technik in der technologischen Formation letztlich über einen veränderten Umgang mit Wissenschaft angeeignet werden muss, dass dieser sozial habitualisiert werden muss und dass dies nur möglich ist in (nicht primär didaktischen...) Prozessen der wirklichen Zukunftsgestaltung, in denen die Menschen lernen in (politisch-)praktisch orientierten "Planungswerkstätten", in die das Objektinterview als Partizipationsinstrument eingebettet wird), *mit Wissenschaft und Technik so umzugehen, als ob sie ihnen gehörten.*

II Kulturelle Bezüge und Einstellungen zur Technik

Politische Modernisierungskonzepte zwischen Markt und Staat

Klaus Schroeder (Berlin)

1. Seit der Herausbildung der Industriegesellschaft kommt dem technischen Wandel eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft zu. Veränderungen der Technik haben immer Auswirkungen auf alle Teilbereiche der Gesellschaft, ihre soziale Struktur, ihre ökonomische Basis, ihre sozio-kulturellen Kommunikationsformen, aber auch auf das politisch-soziale Kräftespiel und das Macht- und Herrschaftsgefüge. Gleichzeitig ist die Entwicklung und Einführung von neuen Technologien immer an Interessen gebunden und *interessengeleitet*.

Zwischen der Entwicklungsrichtung des technischen Wandels und den Parametern gesellschaftlicher Modernisierung besteht sicherlich ein enger, wechselseitiger Zusammenhang; ein - einseitiges und prinzipiell gültiges -Determinationsverhältnis indes existiert nicht.

2. Von der technischen Seite her besteht insbesondere bei einigen "Neuen Technologien" ein gewisser *gesellschaftlicher* Gestaltungsspielraum. Allerdings verengen sich die Möglichkeiten *staatlich-politischer Steuerung und Lenkung*, je weiter der technische Entwicklungsprozess vorangeschritten ist und je autonomer private Unternehmen diesen Prozess konzipieren, dominieren und durchsetzen.

Staatliche Technologiepolitik befördert und verstärkt diesen Prozess zumeist nur. Aus diesem Zusammenhang erfährt die "*Sachzwangthese*" in der politischen Debatte immer wieder eine aktuelle Bedeutung. In dem Masse jedoch, wie die gesellschaftliche Durchsetzung von Technologie und der Markterfolg von gesamtgesellschaftlichen Faktoren und Rahmenbedingungen abhängig werden, wächst die Bedeutung staatlicher Politik. Staatliche Modernisierungspolitik erfasst deshalb neben der unmittelbaren Technologiepolitik auch die tradierten Politikfelder und zielt auf einen gesellschaftlichen Anpassungsprozess an den technischen Wandel ebenso wie auf eine Beschleunigung oder Steuerung dieser Entwicklung.

3. Die Folgen vieler Neuer Technologien sind bisher - ungeachtet der Dramatik und Aufgeregtheit der politischen und wissenschaftlichen Diskussion - erst in Umrissen sichtbar; vieles bleibt Spekulation. Die heutige Situation wird noch weitgehend von den "alten" Innovationen bestimmt. Die aktuellen Gesellschaftsprobleme resultieren insofern weitgehend aus den Folgen des "*Modernisierungsschubes*" in den 60er Jahren. Dieser wurde in der sozialwissenschaftlichen Diskussion bisher eher als Folge der Nachkriegsentwicklung und weniger als Voraussetzung für die heutige und zukünftige Entwicklung beschrieben und analysiert. Ob und unter welchen Bedingungen sich in den nächsten Jahren ein vergleichbarer oder noch intensiverer Modernisierungsschub vollzieht, entscheidet sich weniger an der technischen Potenz der Gesellschaft als an dem *gesellschaftlichen Umgang mit Technik*.

4. In nahezu allen gesellschaftlichen Modernisierungskonzepten und Zukunftsentwürfen spielt der technische Wandel bzw. die Technik eine dominierende Rolle. Dies trifft gleichermaßen auf die Befürworter wie Ablehner der Technik zu. Nur gründen sich gerade Zukunftsentwürfe auf Prognosen und Spekulationen, deren Trag- und Reichweite äusserst beschränkt ist. Gleichwohl drückt sich in ihnen ein *programmatisches Selbstverständnis von Gesellschaft* aus, deren Prämissen ich analysieren und vergleichen will.

5. Die Vision des *technokratischen Konservatismus*, geht von der unbedingten Notwendigkeit einer *technisch dominierten Modernisierung* der Gesellschaft aus. Dem Staat kommt hiernach eine doppelte Aufgabe zu: er soll über korporatistische Organisationsformen und finanzielle Zuschüsse den Prozess des technischen Wandels unmittelbar initiieren und befördern, und er soll für die entsprechende gesellschaftliche Infrastruktur und die individuelle Anpassungsbereitschaft sorgen. Auf die Inhalte der technischen Entwicklung soll er keinen Einfluss nehmen, diese bleiben den privat-dezentralen Entscheidungsträgern und dem "Markt" überlassen. Eine Vielzahl tradiert sozialer und politischer Ordnungsmuster werden als "Innovationsbarriere" interpretiert und sollen überwunden werden.

6. Die Konzeption eines *marktradikalen Konservatismus/Liberalismus* verwirft jegliche direkte staatliche Einflussnahme auf die Technikentwicklung und setzt auf die *Dominanz des Marktes*. Analytischer Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist der Befund einer strukturellen Fehlentwicklung (Sklerose) der Gesellschaft durch ein Zuviel an Staat und Verbandsmacht, wobei vorrangig die Gewerkschaften gemeint sind. Die als Therapie geforderte Deregulation meint den Abbau von Bürokratie, Subventionsmentalität, überhöhtem Anspruchsdenken, umfassender Verrechtlichung etc.

Nur über einen sich auf Ordnungspolitik beschränkenden Staat und einen unverzerrten marktvermittelten Wettbewerb können die Neuen Technologien produktivitätssteigernd und gesellschaftlich nutzbringend eingesetzt werden.

Hinter beiden konservativen Modernisierungskonzepten stecken die Prämissen, dass erstens der gesellschaftliche Fortschritt technisch und damit ökonomisch

vermittelt und induziert ist, zweitens, dass der Prozess des technischen Wandels ein autonomer und nicht von aussen zu determinierender ist, und dass drittens die Politik sich dieser technisch vorgegebenen Entwicklungsdynamik anpassen bzw. den Anpassungsprozess steuern muss.

7. Für die Vertreter eines *staatsfixierten, arbeitszentrierten Reformismus*, die sich vornehmlich aus dem Lager des DGB und der SPD rekrutieren, stehen die seit einem Jahrzehnt andauernde *Massenarbeitslosigkeit* und der schleichende *Machtverlust der Gewerkschaften* im Zentrum der Überlegungen. Hiernach geht die technisch begründete Modernisierung zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Die konservative Modernisierungspolitik wird als "Teufelskreis" von Arbeitsplatzverlust, Arbeitsplatzverschlechterungen, Sozialstaatsabbau und Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu Lasten der Gewerkschaften beschrieben. Eine Veränderung dieser Verhältnisse erhofft man sich über einen "stärkeren" Staat, der die technische Entwicklung nicht nur fördert, sondern auch gestaltet und eine stärkere - auch betriebliche - Beteiligung der Gewerkschaft bei der Einführung Neuer Technologien. Erhaltung und Ausbau des Sozialstaates und Recht auf Arbeit sind die zentralen Forderungen. Bei entsprechender Teilhabe der Beschäftigten wird auch in diesem Konzept der technische Wandel grundsätzlich positiv gesehen.

8. Gegenüber den *reformistischen* Konzeptionen haben die *konservativen* Entwürfe zwei entscheidende Vorteile: sie basieren auf einem weitgehend in sich stimmigen Gesellschaftsmodell und sie knüpfen stärker an Lebensrealität und Erfahrungshintergrund der Bevölkerungsmehrheit an. Darüber hinaus verstehen sie es, den Modernisierungsprozess positiv ideologisch zu besetzen.

Den orthodoxen Vertretern der Arbeiterbewegung bleibt hier nur der defensive Part der Verteidigung einer historisch überholten, sozialstaatlich geprägten Gesellschaft. Ihre Hoffnungen gründen auf eine (tatsächliche oder vermeintliche) Aufwertung der Arbeit durch die Neuen Technologien. Es gelingt ihnen nicht, den gesellschaftlichen vom technischen Fortschrittsbegriff zu entkoppeln.

Die nicht zuletzt technisch bestimmte Entkoppelung von System und Lebenswelt wird von den Konservativen - im Gegensatz zur sozialdemokratischen Vorstellung der wieder anzustrebenden Verkoppelung dieser Bereiche - positiv gewendet, indem unterschiedliche Werte und Normen behauptet und gefördert werden.

9. Die *konservativen* Modernisierungskonzepte scheinen mir grössere Aussichten auf Realisierung (sprich Durchsetzung bei Wahlen) zu haben. Folge dürfte eine Verlängerung und *Verstärkung bestehender gesellschaftlicher Ungleichgewichte* sein, die im übrigen nicht Resultat technischer Entwicklungen, sondern Ausdruck politischer Verhältnisse und Politiken sind.

Einer mehrheitsfähigen Alternative fehlt eine *realistische Leitidee oder Utopie*, an der auch der Stellenwert der Neuen Technologien zu messen wäre. Die Zukunft der Gesellschaft wird auf dem sozialen und politischen Feld entschieden,

die Technik bzw. der technische Wandel ist nur Ausdruck dieses Prozesses. Insofern steht die Kontroverse um die Neuen Technologien stellvertretend für die politischen Auseinandersetzungen. Eine zu starke Betonung der technischen Dimension der zukünftigen Entwicklung unterliegt der Gefahr, diese politische Dimension zu vernachlässigen oder zu verdrängen.

Bundesbürger und Technik: 'Feindschaft' oder was? - Einige kursorische Anmerkungen¹

Dieter Jaufmann (Augsburg)²

Die seit längerer Zeit - und nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland - virulente Diskussion über die Einstellungen der Bevölkerung zur Technik liefert ein gutes Beispiel dafür, was Demoskopie macht und vor allem was mit ihren Ergebnissen gemacht wird bzw. 'machbar' ist. Auf der Basis von Umfrageergebnissen wird nun vielfach behauptet, dass im internationalen Vergleich die Bundesbürger besonders 'technikfeindlich' seien; in noch stärkerem Ausmass gelte dies insbesondere für die bundesrepublikanischen Jugendlichen.

Offenkundig reicht es aber nicht aus, lediglich die Ergebnisse einer demoskopischen Umfrage (oder, so überhaupt vorhanden, einer Zeitreihe) eines einzigen Umfrageinstituts zu verwenden, um von einem gesicherten Ergebnis sprechen zu können. Erforderlich ist also ein Vergleich gleicher oder ähnlicher demoskopischer Fragen, die in gleichem oder ähnlichem Kontext gestellt wurden, über möglichst viele Umfrageinstitute hinweg. Nur so besteht die Möglichkeit, Ausreisser aufzuspüren, vor allem aber auch die Identifikation einer als relativ gesichert anzusehenden Bandbreite der 'richtigen' Ergebnisse.

Eine angemessene und sinnvolle Möglichkeit der 'Wahrheit' über die Einstellungen der Bevölkerung zur Technik näher zu kommen, bietet die Methode der Sekundäranalyse von repräsentativen Umfragedaten. Diese hat noch dazu - nicht zuletzt durch die 'Breite' und Vielzahl der Daten - den nicht unerheblichen Vorteil, zur Theoriebildung beitragen zu können.

Einer der Auslöser der 'Technikfeindlichkeits-Debatte' in der Bundesrepublik war unzweifelhaft die schon fast biblisch anmutende Frage nach der Technik als 'Segen' oder als 'Fluch' des Instituts für Demoskopie Allensbach. Durch die Verwendung unterschiedlicher Mittelkategorien bei den Antwortvorgaben, entstand erstmals beim Vergleich 1973 auf 1976 der Eindruck einer besonderen Dramatik in der Entwicklung der generellen Einstellung der Bundesdeutschen zur Technik. Ab diesem Zeitpunkt haben wir es eigentlich mit zwei Zeitreihen zu tun, die auf unterschiedlichem Niveau verlaufen und in der Argumentation nicht vermischt werden dürfen. Deutlich wird, dass bei einer Vorgabe der 'teils-teils'-Variante als Mittelkategorie die gefühlsmässig positiven Bilanzaussagen, also 'Segen', systematisch geringer ausfallen als bei Verwendung der mittleren Antwortkategorie 'weder-noch'. Eine Beunruhigung aus der Entwicklung der 'eher Fluch'-Kategorie abzuleiten, scheint schwer möglich, da diese zumindest seit